

Frau Ministerin
Ursula von der Leyen
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Alexanderstraße 3
D-10178 Berlin

Dr. Barbara Stiegler
53173 Bonn
Gneisenaustrasse 16
Tel.: (+49) (0)228/355881

im Auftrag von GMEI
Kurzportrait des Netzwerkes
in der Anlage

20.10.2007

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin von der Leyen

Wir beobachten schon seit längerer Zeit, dass der Stellenwert von Gender Mainstreaming durch die Bundesregierung immer mehr abgeschwächt wird.

Bereits im Jahre 2006 haben wir in einem offenen Brief an Sie, die zuständige Ministerin unsere Bedenken geäußert.

Im 6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum *Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau* (CEDAW) sehen wir nunmehr unsere Bedenken erneut bestätigt. Deutlich wird hier eine relative Distanzierung von der Strategie des Gender Mainstreaming. Dies ist umso erstaunlicher und bedauernswert, weil sich europaweit gerade eine Intensivierung in den Bemühungen um die Umsetzung dieser Strategie erkennen lässt.

Wir vermissen ein eindeutiges Bekenntnis zur Strategie des Gender Mainstreaming wie sie in Art 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesregierung festgeschrieben ist. Diese Strategie zielt, wie bekannt, auf die Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen für noch bestehende traditionelle Geschlechterverhältnisse sowie auf die Auflösung geschlechtsbezogener Zuschreibungsprozesse. Im Bericht wird fälschlicherweise der Begriff Gender Mainstreaming als Auslöser für Widerstände gegenüber der Gleichstellung interpretiert und deshalb eine konzeptionelle Neuausrichtung der Geschlechterpolitik für die Bundesrepublik versprochen. Diese Neuausrichtung bleibt aber vage, die notwendige Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen erscheint nicht als Ziel und geplante geschlechterpolitische Strategien werden nicht beschrieben.

Eine konzeptionelle Neuausrichtung erfordert unserer Meinung nach eine Analyse der bisherigen Ergebnisse der angewandten Strategien. Eine solche Analyse wird jedoch nicht vorgelegt. Damit fehlt auch eine Begründung für die, im Bericht nicht erwähnten, Abbauprozesse im Hinblick auf Gender Mainstreaming: die Abschaffung des Steuerungsgremiums (IMA), das den Prozess der Implementierung über Jahre hinweg begleitet hat und die Ausdünnung der personellen und finanziellen Ressourcen in der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wir vermissen zudem eine Benennung und Würdigung der Erfolge und Ergebnisse der vorhandenen Gender Mainstreaming Prozesse, so etwa die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zur Implementierung von Gender Mainstreaming in den obersten Bundesbehörden, die Arbeitshilfen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in verschiedenen Feldern des Regierungshandelns, die Machbarkeitstudie zu Gender Budgeting, die Weiterförderung des Gender Kompetenz Zentrums an der Humboldt Universität Berlin, das die Bundesbehörden und andere Institutionen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming berät. Auch die vielfältigen Konzepte, Projekte, und Umsetzungsaktivitäten in einzelnen Bundesministerien, Ländern, Kommunen, Verbänden und anderen Institutionen werden nur unzureichend erwähnt. Wären sie in ihrer Gesamtheit aufgezeigt worden, hätten sie eine solide Grundlage für ein Bekenntnis zur Fortführung der Strategie des Gender Mainstreaming geboten.

Die demgegenüber getroffene deutliche Distanzierung nicht nur vom Begriff Gender Mainstreaming, sondern auch von der Strategie selbst, entspricht dem Unsichtbarmachen geschlechterpolitischer Erfolge, die gerade durch Gender Mainstreaming erzielt werden konnten.

Wir bedauern außerordentlich, dass der Bericht an die Vereinten Nationen ein so unzureichendes Bild der Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland wiedergibt. Wir halten das für fatal, weil die Bundesregierung erkennen lässt, dass sie sich in Zukunft von den international vereinbarten Strategien in der Gleichstellungspolitik absetzen will.

Dr. Barbara Stiegler, Bonn

**für das Netzwerk
Gender Mainstreaming Experts International (GMEI)**

Dr. Birgit Buchinger, Salzburg

Irene Pimminger, Berlin

Dr. Uta Enders-Dragässer, Frankfurt

Dr. Ingrid Schacherl, Salzburg

Birgit Erbe, München

Elke Schilling, Ebendorf

Dr. Regina Frey, Berlin

Viktoria Schnier, Münster

Dr. Monika Goldmann, Dortmund

Friedel Schreyögg, München

Heike Gumpert, Bonn

Ilona Schulz-Müller, Berlin

Dr. Gerrit Kaschuba, Tübingen

Dr. Brigitte Sellach, Frankfurt

Uta Kletzing, Berlin

Bente Knoll, Wien

Mara Kuhl, Berlin

Zita Küng, Basel

Reneé Parlar, Potsdam

Ulrike Spangenberg, Berlin

Elke Szalai, Wien

Dr. Elisabeth Stiefel, Köln

Dr. Barbara Stiegler, Bonn